

Herr Doğan nahm Stellung zu den Kitas in Sankt Augustin im Allgemeinen und der geplanten Kita in der Richthofenstraße im Besonderen. Die Stellungnahme wird hier abgedruckt:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister,  
meine sehr verehrten Damen und Herren,

Sankt Augustin benötigt dringend zusätzliche Kita-Plätze.  
Und wir arbeiten dezernats- und ebenenübergreifend an der Lösung dieses Problems.

Da in den letzten Wochen und Monaten in verschiedenen Gremien, aber auch in der Öffentlichkeit und in den sozialen Medien dieses Thema immer wieder zurecht auf die Agenda gehoben wurde, möchte ich vor dem derzeitig virulenten TOP zu den Planungen an der Richthofenstraße doch noch einmal ein paar Worte zu dem Gesamtbild verlieren, welches sich für mich bei der Deckung dieses enormen Kitaplatz-Bedarfes ergibt.

Bereits im Frühjahr 2019, ziemlich zeitgleich zum Antrag der Fraktionen von SPD, Grünen und FDP mit dem Titel „*Vorfahrt für Kita-Neubau – Standorte für Vorlaufeinrichtungen zügig prüfen*“ wurde durch die Hausspitze in der Verwaltung entschieden, eine Arbeitsgruppe für die Deckung des Kita-Platzbedarfs einzurichten, die interdisziplinär besetzt wurde. Bürgermeister Klaus Schumacher, mein Kollege Rainer Gleß und ich sitzen dieser AG Kita-Bau, wie wir sie nennen, vor.

Am 15. Mai 2019 wurde der bereits zitierte Antrag im Rat einstimmig beschlossen, am 21. Mai, also nur 6 Tage danach, fand die erste Sitzung der Kita-AG statt.

Wir haben bis dahin natürlich nicht nichts getan, sondern hatten die Kita-Bauprojekte permanent auf der Tagesordnung auf den periodisch stattfindenden Bau- und Planungskonferenz-Sitzungen. Aufgrund der herausragenden Kita-Thematik war aber ab Mai 2019 eine solche Kita-AG erforderlich. Sie tagt seitdem alle 14 Tage, zuletzt sogar wöchentlich.

Ich kann Ihnen versichern, dass wir in dieser AG alle, wirklich alle, Potenzialflächen oder Optionen ständig rekapitulieren und immer wieder auf links drehen.

Aber soviel vorab:

Das Glas ist meines Erachtens nicht halb leer, sondern wir haben durchaus Fortschritte erzielt.

Bspw. haben wir es erreicht, dass in *Birlinghoven* nach langen und zähen Gesprächen eine 3-gruppige Kita entstehen kann. Dort war bis dahin nur eine zweigruppige Kita geplant, die zeitweise – aufgrund der Gespräche mit den Eigentümern – auf der Kippe stand.

Wir haben die Container-Anlage an der Wehrfeldstraße ertüchtigt und nach einigen Gesprächen mit dem Landschaftsverband aus dem dortigen Interim eine dauerhafte Lösung geschaffen, in der ursprünglich nur eine Gruppe geplant war, jetzt und perspektivisch aber bis zu 2 Gruppen geplant sind. Wir überlegen derzeit sogar, die angemieteten Container zu erwerben, was fiskalisch Sinn macht.

Wir haben ganz aktuell in Aussicht, dass der Eigentümer der eingruppigen Kita an der Marktstraße in Menden bereit ist, einen Ausbau vorzunehmen und prüfen, ob wir dadurch zwei anstatt von einer Gruppe ermöglichen können.

Wir haben Fortschritte erzielt, was die Planungen für die 6-gruppige Kita an der Großenbuschstraße angeht, oder der 6-gruppigen Einrichtung auf dem ehemaligen Gärtnerei Werner Gelände angeht, auch wenn beide Projekte erst mittelfristig entstehen können.

Wir führen derzeit mit Grundstückseigentümern in Niederpleis Gespräche, die neben der als 4-gruppig geplanten Kita an der Pleistalstraße noch eine weitere 4-gruppige Einrichtung als Ziel verfolgen.

Und es läuft derzeit nach Zeitplan, was die Kita-Wellenstraße angeht. Eine – und das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen – 8-gruppige Einrichtung. Das ist eine Seltenheit für Kommunen unserer Größenordnung und zeigt, mit welcher geringen Flächenpotenzialen wir hier agieren können. Als Kita-Dezernent hätte ich nämlich pädagogisch eher von so einer großen Einrichtung absehen wollen, hätten wir ausreichend andere Flächen.

Auch bei der Großtagespflege waren wir nicht untätig und haben demnächst ein Gespräch mit dem Investor des ehemaligen KSK-Gebäudes in Niederpleis um über den Fortschritt beim Bau des neuen Gebäudes zu sprechen. Dort soll ja eine Großtagespflege mit 9 Kindern entstehen.

Von zahlreichen Gesprächen haben wir nie und werden wir wahrscheinlich nie berichten können, die wir geführt haben. So haben wir bspw. kirchliche Träger angeschrieben mit der Frage, ob eine Gruppenerweiterung bei ihnen in Betracht kommt. Leider ohne Erfolg.

Wir haben Grundstückseigentümer angeschrieben, teilweise Erbengemeinschaften, ob ein Ankauf des jeweiligen Grundstücks in Betracht kommt, leider ohne Erfolg.

Die ganze Arbeit, die ich Ihnen soeben beschrieben habe, lassen mich aber zuversichtlich in die Zukunft blicken. Seinerzeit, am 2. Oktober 2019, als wir Ihnen bei der gemeinsamen Sitzung von JHA, GuB und UPV den Bedarf und Planungsstand der Kita-Projekte in unserer Vorlage präsentiert hatten, waren die Planungen für 32 zusätzliche Gruppen geplant. Durch die Bemühungen der Kita-AG sind nunmehr insgesamt 8 Gruppen hinzugekommen und unser Planungsstand weist ca. 40 zusätzliche Gruppen aus. Das sind faktisch 2 viergruppige neue Einrichtungen in Summe. Und bei dieser Kalkulation ist beispielsweise nicht die Option berücksichtigt, dass man die freiwerdende Interimskita an der Freien Buschstraße möglicherweise weaternutzen könnte als Interim oder Vorlaufkita.

Das alles vergessen wir oft, wenn wir nur von das Glas als halb leer betrachten.

Ich sage Ihnen zu, noch einmal den Planungsstand vom Oktober 2019 und den jetzigen Planungsstand mit der Angabe der zusätzlichen Gruppen als Übersicht zum Protokoll zu nehmen, damit alle einen Überblick haben.

Aber wir haben auch Rückschläge erlebt, das kann und will ich nicht verhehlen. Da wären zum einen die Rückschläge, die wir durch viel Arbeit ein Stück weit kompensieren konnten, wie z.B. beim Bau der Kita Deichstraße, wo wir derzeit – ich will vorsichtig formulieren– alles daran setzen, dass die Kita planmäßig an den Start gehen kann am 01.02.2021. Oder die Verzögerungen beim Neubau des JuZe, dessen Bau jetzt aber in den finalen Zügen steht und wo auch eine Kita-Gruppe hinkommt. Wir führen zudem zähe Gespräche bspw. mit der Bundeswehr und der BIMA bzgl. der Errichtung einer 4-gruppigen Kita und erleben permanent die ganz großen und schwierig zu bewegendenden Mühen der Bundesbehörden. Das sind Rückschläge, die im täglichen Geschäft vorkommen und die wir in Kauf nehmen müssen bzw. mit denen wir arbeiten können.

Aber es gibt auch Rückschläge, die besonderer Art sind und die uns allen in der Verwaltung die eine oder andere schlaflose Nacht oder das eine oder andere arbeitssame Wochenende beschert haben.

Da wäre zum Beispiel der Investorenwettbewerb zur Errichtung einer 4-gruppigen Kita am Niederpleiser Kreisel an der Pleistalstraße. Ein rechtliches Novum mit einem sehr komplexen Rahmengebilde. Erstmals so in der Umsetzung. Und der erste Durchlauf des Interessenbekundungsverfahrens war fruchtlos. Wir sind heute erneut mit einem zweiten Anlauf gestartet und online gegangen, was das Interessenbekundungsverfahren angeht, planen aber parallel, sofern auch dieses fruchtlos verstreichen sollte, eine funktionale Ausschreibung um einen GÜ/GU zu finden. Hier werden wir den JHA und den GuB auf dem Laufenden halten.

Und dann gibt es die ganz schweren Rückschläge, die jeder von uns erst einmal verdauen muss, und jetzt komme ich zu dem eigentlichen Thema, nämlich der Richthofenstraße-

*Was bisher geschah:*

Wir haben, einige von Ihnen waren damals dabei und erinnern sich, Ende 2017/Anfang 2018 eine Rundfahrt durch alle Unterbringungseinrichtungen der Stadt gemacht. Hierzu gehörten auch die Containeranlagen an der Richthofenstraße und der Husarenstraße. Schon damals kam bei einigen Beteiligten die Idee auf, dass diese aufzugebenden Container möglicherweise als Interims-Kitastandorte in Betracht kämen.

Im August 2018 sind die letzten Flüchtlinge aus den Containern in der Richthofenstraße ausgezogen. Der Mietvertrag für den letzten Container an der Richthofenstraße lief bis Mai 2019.

Einzelne Fraktionen wandten sich im Zuge des bereits zitierten Kita-Vorfahrt-Antrags erneut an die Verwaltung um die noch nicht abgebauten Container in der Richthofenstraße für Interimsstandorte für Kitas zu prüfen.

Der erste Termin einer Besichtigung des Standortes mit dem Landschaftsverband fand

just einen Tag nach der ersten Sitzung der Kita-AG statt, nämlich am 22. Mai 2019. Damals wurde uns mitgeteilt, dass der Standort für eine 4 gruppige Interimskita mit einer Dauer von ca. 4 Jahren in Frage kommen würde, wenn die Container und das Gelände entsprechend hergerichtet würden.

Diese Meldung war natürlich erst einmal eine sehr positive für uns alle. Gleichzeitig waren alle Personalressourcen im Hochbaubereich in bestehenden Projekten gebunden bzw. wir mussten mit wichtigen Stellenvakanzen, wie die der Fachbereichs- und Fachdienstleitung auskommen.

Daher haben wir notgedrungen in der Kita-AG entschieden, dass nicht wir als Stadtverwaltung die Planungsleistungen und den Umbau der Container samt Herrichtung der Außenanlagen vornehmen sollten, sondern den bisherigen Vermieter und Eigentümer der Container, ein großes Unternehmen, bzw. bei den Außenanlagen den späteren Träger der Kita beauftragen sollten.

Es war also eine gezielte Entscheidung, die davon getragen war, schnellere Ergebnisse zu erzielen und weniger Personalressourcen in der Verwaltung zu binden.

Der Hochbaubereich sollte – so war das Ziel der Kita-AG – nach Möglichkeit vollständig entlastet werden. Dadurch, dass alle Disziplinen permanent in der Kita-AG anwesend waren und das Projekt dort besprochen wurde, waren natürlich alle Bereiche stets involviert, aber es gab zu dem Zeitpunkt – und wir sprechen hier über den Herbst/Winter 2019/2020 keinen Anlass, an der zügigen Umsetzung durch das erfahrene Unternehmen zu zweifeln.

Im Gegenteil: Wir erhielten sogar anfangs die Aussage, dass nach erfolgreicher Beauftragung der Umbau innerhalb weniger Wochen und Monate (wir sprechen hier von 6-8 Wochen Umbauphase als Aussage des Unternehmens) erledigt sein würde.

Deshalb wurde auch in der gemeinsamen Sitzung des JHA, GuB und UPV am 2. Oktober 2019 von uns optimistisch verkündet, dass einem Kita-Start zum Kita-Jahr 2020/21 nichts im Wege stehen würde.

Und in der Konsequenz, von diesem Optimismus getragen, haben wir auch ein Interessenbekundungsverfahren zur Übernahme der Trägerschaft für diesen Kita-Standort begonnen und im November 2019 hat der JHA beschlossen, die Trägerschaft an die educcare Bildungskindertagesstätten gGmbH zu vergeben.

Unabhängig von der generellen Verzögerung durch die Corona-Pandemie kamen jedoch im Frühjahr zahlreiche neue Fragestellungen rund um diesen Standort auf, die zu weiteren Verzögerungen führten.

Ich will aber jetzt nicht jedes Detail der Probleme aufzeigen, sondern einige wenige, aber entscheidende Probleme darlegen.

Eines der entscheidenden Probleme war, dass wir bis zu dieser Woche keinen vollständig prüffähigen Bauantrag vorliegen hatten. Dieses Problem ist bekanntlich seit Juni 2020 öffentlich und führte eben zu der misslichen Kommunikation im JHA und

gegenüber den Eltern, mit der Konsequenz, dass ein Kita-Start im September nicht mehr möglich erschien. Bis zur JHA-Sitzung waren wir verwaltungsintern, insbesondere vor dem Hintergrund, dass die Umbauzeit vom Unternehmen mit 6-8 Wochen angegeben wurde, weiter zuversichtlich, dass ein Start im September, wenn alle Hebel in Bewegung gesetzt würden, möglich sein könnte. Aber das hat sich bekanntlich nicht bewahrheitet. Zeitweise haben wir leider nicht einmal mehr die Geschäftsleitung des Unternehmens, die in dieser Zeit auch wechselte, erreichen können.

Obwohl parallel der Träger, dem wir ja einen Start im September ebenfalls mitgeteilt haben und für die Personalakquise auch mitteilen mussten, bereits mit den Vorbereitungen für die Errichtung der Außenanlage zugange war und schon Möbel bestellen wollte.

Das war also der erste große Brocken, der uns einige Monate nach hinten geworfen hatte und erheblich zu der Verzögerung von September auf den damals kommunizierten Termin 1.12.2020 hinauslief.

Nochmals: Seit Montag liegt nunmehr der Bauantrag vor, ob er jedoch alle prüffähigen Unterlagen vorweist, müsste noch geprüft werden. Wenn das der Fall sein sollte, würde das erforderliche Genehmigungsverfahren starten, bei dem zahlreiche externe Stellungnahmen anzufordern wären und auch die Umbauzeit noch berücksichtigt werden müsste. Auch in diesem Falle wäre das Datum 01.12.2020 mehr als sportlich, wenn nicht unmöglich zu halten.

Aber diese Frage stellt sich derzeit deshalb nicht, weil zwischenzeitlich ein anderen, schwerwiegenderes Problem aufgetreten ist.

Wie bereits geschildert, wurde der Träger beauftragt, die Außenanlagen herzurichten. Das vom Träger wiederum beauftragte Garten- und Landschaftsunternehmen erfragte bei uns vor Aufnahme der Arbeiten, die am 17.08. starten sollten, ob eine Kampfmittelfreiheit für das Grundstück vorliegen würde.

Bis dahin hatte sich dieses Problem für uns deshalb nicht gestellt, da bereits seit 1990 auf diesem Gelände Container stehen, in denen Menschen untergebracht sind.

Nach dem üblichen Verfahren hätten wir also die Baumaßnahme gestartet und nur dann, wenn es während der Baumaßnahme Zweifel gegeben hätte, hätte man diese Prüfung aufgenommen. Ich habe mir mal einen standardmäßigen Vorgang heute rausgesucht, wie man in solchen Fällen üblicherweise vorgeht und was die Aussagen des Kampfmittelräumdienstes sind, sofern anfänglich keine Zweifel an der Kampfmittelfreiheit bestehen.

Dann heißt es nämlich vom Kampfmittelräumdienst:

*„Luftbilder aus den Jahren 1939 - 1945 und andere historische Unterlagen liefern keine Hinweise auf das Vorhandensein von Kampfmitteln im beantragten Bereich. Eine Garantie auf Kampfmittelfreiheit kann gleichwohl nicht gewährt werden. Sofern Kampfmittel gefunden werden, sind die Bauarbeiten sofort einzustellen und die zuständige Ordnungsbehörde oder eine Polizeidienststelle unverzüglich zu verständigen.“*

So ist also das normale Vorgehen.

Hier lag nun aber eine explizite Anfrage vor und daher musste der Kampfmittelräumdienst eingeschaltet werden.

Am 12.08. also genau vor 2 Wochen, erhielten wir dann das vorläufige Ergebnis des Kampfmittelräumdienstes per E-Mail.

Und ich will aus dieser E-Mail zitieren:

*„Vor dem Hintergrund der Absprachen und einer am 11.08.2020 durch meine Mitarbeiter durchgeführten Testsondierung im Bereich der Spielplatzbereiche (Kartenanlage) ergibt sich der im Folgenden angeführte Sachstand.*

*Die Kampfmittelüberprüfung ist aufgrund der vorhandenen Infrastruktur jedoch technisch nicht möglich.*

*Als Voraussetzung für die Kampfmittelüberprüfung wäre es notwendig, jegliche Infrastruktur (Gebäude, Fundamente, Leitungen, Anfüllungen, etc.) in einem Umkreis von mindestens -5- Metern zu entfernen.*

*Bitte klären Sie, ob die Kampfmittelüberprüfung tatsächlich durchgeführt werden soll.*

*Für den Fall das eine Überprüfung durchgeführt werden soll, ist es unabdingbar die Infrastruktur bis zum sauberen gewachsenen Boden zu entfernen.“*

Diese Meldung hat uns veranlasst, dem Träger, der am 17.08. mit den Arbeiten an der Außenanlage beginnen wollte, zu untersagen, diese Arbeiten vorzunehmen, bis final geklärt wird, wie wir mit der ganzen Materie umgehen.

Verwaltungsintern waren wir uns nach ersten Gesprächen in der Kita-AG relativ schnell einig, dass die vom Kampfmittelräumdienst als erforderlich angesehenen Arbeiten erstens

- zu einer erheblichen Kostenmehrung,
- zweitens einem erheblichen Zeitverzug
- drittens einen ungewissen Ausgang hätten, da aufgrund der Nähe dieses Grundstücks zum Flugplatz möglicherweise bei diesen Arbeiten tatsächlich Kampfmittel gefunden werden könnten
- und viertens dieser ganze Aufwand möglicherweise in keiner Relation dazu stehen würde, da wir ja immer noch von einer Herrichtung einer Interimskita sprechen und von einem dauerhaften Kita-Standort.

Angesichts dieser Rahmenbedingungen haben wir in unserer Kita-AG entschieden, dass die Weiterverfolgung der Richthofenstraße als Interims-Kita-Standort dann keinen Sinn mehr machen würde, wenn wir interessantere, zeitnahe Alternativen hierfür finden könnten.

Daher gab es in der vorletzten Woche, also nur zwei Tage nach der zitierten E-Mail vom Kampfmittelräumdienst, einen interdisziplinären Termin unter Teilnahme des Fachbereichs 5, des Fachbereichs 6 und des Fachbereichs 9 gemeinsam mit dem

Landschaftsverband und dem Träger educare, am Schützenweg, bei der dortigen Flüchtlingsunterbringung.

Das Ergebnis dieses Termins ist, dass der Landschaftsverband bei entsprechender Herrichtung von 2 der dortigen 5 Häuser davon ausgeht, dass eine 6-gruppige dauerhafte Kita geschaffen werden kann.

Und weitere verwaltungsinterne Gespräche haben als Zwischenergebnis gehabt, dass die Umbauarbeiten relativ zeitnah starten können und zwar in der Art und Weise, dass man in mehreren Bauabschnitten plant, sodass bereits sehr frühzeitig 1-2 Gruppen aufgenommen werden können, sodass der virulente Bedarf und zwar von all den Eltern, die konkret mit dem 1.12. als Starttermin gerechnet haben, möglicherweise gedeckt werden kann. Parallel würden die Arbeiten für die Gesamt-Herrichtung, ebenfalls mit Hochdruck weiterverfolgt werden.

Sehr lange Rede, sehr kurzer Sinn:

Die Verwaltung schlägt vor, angesichts der sehr schwierigen Rahmenbedingungen an der Richthofenstraße, diesen Standort nicht mehr als Kita-Standort weiterzuverfolgen und prüft alle Alternativstandorte mit Hochdruck weiter, insbesondere die Errichtung einer dauerhaften, 6-gruppigen Kita am Schützenweg. Alle Eltern und die JHA-Mitglieder werden selbstverständlich permanent über aktuelle Sachstände auf dem Laufenden gehalten.

Abschließend, bevor die Fragen von Ihnen kommen:

Ja, der Prozess an der Richthofenstraße bedeutet, dass wir vermutlich einen Ausfallschaden haben. Und der Träger hat sich bereits mit Regressansprüchen an uns gewandt.

Wir prüfen das Ganze und stehen im Austausch mit dem Träger. Selbstverständlich werden wir für verschuldete Kosten geradestehen und uns nicht aus der Affäre ziehen. Aber ich bin zuversichtlich, dass die Perspektive am Schützenweg uns bei diesen Verhandlungen bessere Schadensbegrenzungsoptionen bietet, als die ungewisse Perspektive an der Richthofenstraße.

Vielen Dank!“

Frau Jung fragte nach einer Erklärung, warum die angesprochene Erforderlichkeit einer Bewertung durch den Kampfmittelbeseitigungsdienst erst so spät aufgefallen sei und es stelle sich die Frage warum dies erst geprüft würde wenn man bereits im Bau begriffen sei.

Der Bürgermeister sagte, dass es keine konkreten Verdachtsmomente gegeben habe, da dort bereits vorher Container gestanden hätten. Falls konkrete Verdachtsmomente doch auftauchen bei einem Bauverfahren, dann würde dieses eingestellt werden. In der Richthofenstraße handele es sich konkret um den Spielbereich. Es stelle sich dort die Frage, ob dort etwas sein könne. Die Überprüfung sei umständlich und sehr kostspielig. Wenn die Fläche mit den Container überprüft werden solle, dann müssten die Container dort weg.

Frau Jung sagte, dass sie erfreut darüber sei, dass sich die Verwaltung bereits frühzeitig Alternativen überlege.

Herr Knülle stellte die Frage, ob es für die betroffenen Eltern derzeit bereits andere Unterbringungsmöglichkeiten für ihre Kinder gäbe. Zudem stelle sich aus Sicht der Eltern die Frage, welche rechtlichen Möglichkeiten für diese bestünden. Weiterhin werde der Eindruck vermittelt, dass die Abläufe bzw. die Kommunikation in der AG Kita nicht optimal laufen. Die Arbeitsweise in der AG, bspw. die Frage, wer wie und in Absprache mit wem Aufträge vergeben würde, solle von der Verwaltung erläutert werden. Zudem stelle sich die Frage mit der Belastung des Bodens am Standort Schützenweg in Niederpleis.

Der Bürgermeister erklärte zur letzten Frage von Herrn Knülle, dass im Hinblick auf eine Bodenbelastung Probleme oder Bedenken bereits vor Jahren ausgeräumt werden konnten. Das Areal sei bereits überprüft worden bevor Flüchtlinge in den Gebäuden am Schützenweg untergebracht worden seien. Andernfalls hätten diese gar nicht untergebracht werden können. Die AG Kita komme in der letzten Zeit wöchentlich zusammen, bisher alle zwei Wochen. Die Arbeitsaufträge in der AG würden vornehmlich nach fachlichen Gesichtspunkten vergeben, in die verschiedensten Bereiche.

Herr Doğan ergänze im Hinblick auf Kampfmittel: Es könne keine Garantie gegeben werden, würde eine Bauvorhaben begonnen und würde dann während der Baumaßnahmen etwas gefunden, dann müsse das Vorhaben unterbrochen werden. Dies sei auch nun vom Kampfmittelbeseitigungsdienst mitgeteilt worden. Im Hinblick auf den Schützenweg gäbe es wie vom Bürgermeister bereits gesagt keine Bedenken. Für die geplante Interimskita Richthofenstraße habe es ca. 40 vorangemeldete Kinder gegeben. Die ersten Eltern haben sich im Juni 2020 an den Fachdienst Frühkindliche Bildung gewandt. Diese Kinder konnten woanders untergebracht werden. Dennoch seien nicht alle Bedarfe gedeckt. Beim Fachdienst würden umfassende mögliche Alternativen erörtert. Zu den rechtlichen Möglichkeiten solle transparent informiert werden. Der Rechtsanspruch der Eltern auf Kita-Plätze sei vorhanden und könne nicht wegdiskutiert werden. Eine rechtliche Prüfung habe in der Vergangenheit ergeben, dass eine Kommune die Eltern auf die Klagemöglichkeit hinweisen müsse. Es sei aus Sicht der Kommunalverwaltung aber nicht beabsichtigt, in ein solches Verfahren zu gehen, dass aus Sicht der Verwaltung nicht erfolgversprechend sein würde. Dies müsse nochmal abschließend juristisch eruiert werden, auch nach Rücksprache mit der Kommunalaufsicht. Die Eltern würden informiert.

Herr Metz bemängelte dass scheinbar vom Herbst 2019 bis zum Mai 2020 nichts weiter von der Verwaltung unternommen wurde, um die guten Vorschläge für neue (Interims-)Kitas umzusetzen. Dies sei nicht so ganz nachvollziehbar. Im Hinblick auf die Kampfmittel stellten sich ebenfalls Fragen, u. a. ob es einen Verdachtsfall aufgrund der Luftbildauswertung gäbe.

Der Bürgermeister verneinte diese Frage.

Herr Metz fragte, warum trotzdem die Bezirksregierung Düsseldorf mit ihrem

Kampfmittelbeseitigungsdienst beantragt werden müsse. Zudem stelle sich die Frage, ob nun für jede Baumaßnahme der Kampfmittelbeseitigungsdienst bestellt werden müsse, und dass auch noch ein Jahr im Voraus, da dieser aufgrund hohen Arbeitsaufkommens überlastet sei. Weiterhin stelle sich die Frage, wo eigentlich der Fehler der Stadt liege, wenn doch Educare Bauherr sei.

Der Bürgermeister sagte, dass Educare Auftraggeber sei an eine Firma, die im Außenbereich Arbeiten durchführen solle. Die Stadt sei der Meinung, dass Educare dadurch nicht der Bauherr sei oder würde. Dem Träger wurde nicht durch die Stadt verbindlich zugesagt, dass sicher davon auszugehen sei, dass sich keine Kampfmittel auf dem betreffenden Grundstück befinden.

Herr Metz bemerkte, dass dies für die Zukunft neue Standards schaffe. Für einen Träger bestünde so ja die Möglichkeit, bspw. einseitig von einem Vertrag zurückzutreten mit der Begründung, dass betreffend Kampfmittelfreiheit bzw. Bodenbelastung keine hundertprozentige Sicherheit bestehe bzw. von der Stadt zugesagt werden könne. Weiterhin stelle sich die Frage, ob die Kita Richthofenstraße definitiv abgeschlossen sei, in dem Sinne dass dieser Standort für eine Kita aufgegeben würde. Darüber hinaus sei es sehr auffällig, dass bei städtischen Bauvorhaben in Sankt Augustin sehr häufig erhebliche Fehler gemacht worden seien.

Der Bürgermeister antwortete, dass man über die Stellungnahme des Kampfmittelbeseitigungsdienstes sehr überrascht gewesen sei. Dies sei das erste Mal gewesen, dass ärgste Bedenken bezüglich eines Grundstückes zum Ausdruck gebracht worden. Dennoch sei von der Luftaufnahmen her nicht von Verdachtsmomenten auszugehen bzw. vom Kampfmittelbeseitigungsdienst nicht festgestellt worden.

Herr Doğan ergänzte, dass nach bei einer Input/Output-Relation in Bezug auf Richthofenstraße und einem ungeklärten Ausgang mit dem Problem der Kampfmittel, eine Kita-Planung in der Richthofenstraße im Vergleich zu einer Planung am Schützenweg die schlechtere Variante sei.

Frau Bergmann-Gries bemerkte, dass es dem Mann auf der Straße oder den Eltern von kleinen Kindern schwer vermittelbar sei, dass eine Kita-Bau bereits sehr weit vorangeschritten scheint und für diese Kita bereits Personal gesucht und gefunden wurde und dann wegen eines Problems mit dem Kampfmittelbeseitigungsdienst Probleme auftauchen. Im Hinblick auf den Schützenweg stelle sich die Frage der Nutzbarkeit der dort vorhandenen Räume. Zudem solle geklärt werden wie es sich mit den Versicherungsleistungen verhalte.

Der Bürgermeister antwortete auf die erste Frage von Frau Bergmann-Gries, dass die beiden Häuser, um die es gehe, in voller Nutzungsbereitschaft seien. Die zweite Frage könne derzeit nicht beantwortet werden.

Herr Schell bat darum, dass die Verwaltung einen Bericht über den Stand aller Baumaßnahmen machen könne, vor der Ratssitzung. Der Vorschlag von Herrn Doğan, den Standort Richthofenstraße nicht weiter betreiben zu wollen, sondern im Schützenweg eine dauerhafte Lösung zu schaffen, sei sinnvoll unter Beachtung einer

Kosten-Nutzen-Abwägung. Es stellten sich bezüglich Richthofenstraße dennoch Fragen: Wann und wie müsste Educare als Träger für den neuen Standort bestimmt werden? Hat das Landschaftsgestaltungsunternehmen Ansprüche gegen Educare, die auf Aussagen der Verwaltung bestehen? Wie ist mit dem Bauantrag des Bauunternehmens umzugehen, der nun vorliegt (Regress-Ansprüche)? Können ggfls Großtagespflegestellen auf der Fläche eingerichtet werden, die betreffend Kampfmittel unproblematisch ist? Gibt es bei dem Schützenweg eine zeitliche Begrenzung auf elf Jahre?

Herr Piela warf weitere Fragen bezüglich Schützenweg auf: Welche Art Nutzung ist bei den eingeschossigen nicht-barrierefreien Gebäuden möglich (1. OG)? Wie soll der Außenbereich mit genügend Platz realisiert werden bzw. wie viel Fläche ist dort nutzbar? Sind genug Stellplätze für die Mitarbeiter vorhanden? Könnte es in diesem Bereich zu Konflikten mit Anrainern, der gegenüberliegenden Turnhalle kommen, weil die Kinder möglicherweise zu laut sind etc.?

Herr Köhler sei nicht allzu sehr darüber verwundert, dass ringsum des Flugplatzes mit Munitionsfunden zu rechnen sei. Zudem stelle sich die Frage, ob im Schützenweg genau Platz im Außenbereich vorhanden sei, oder ob der Problembau mit dem Feuchteschaden beseitigt werden müsse.

Der Bürgermeister erklärte, dass bei einer Begehung mit dem LVR festgestellt worden sei, dass man anstatt viergruppig hier auch sechsgruppig eröffnen könne. Das Landesjugendamt sei damit einverstanden.

Herr Köhler fragte nach, was mit den Menschen (Flüchtlinge) passiere, die dort im Schützenweg noch untergebracht seien.

Der Bürgermeister antwortete, dass ein Teil des Platzes für Flüchtlinge weiterhin genutzt werden könne.

Herr Knülle stellte die Frage, ob nochmals der Kontakt zum Kampfmittelbeseitigungsdienst gesucht worden und der Sachverhalt erneut eingehende eruiert worden sei und warum in diesem Falle eine andere Bewertung getroffen worden ist als dies sonst häufig getan worden ist. Zudem wäre es interessant zu erfahren, welche Aussagen in der Vergangenheit über das Grundstück an der Richthofenstraße, also vor der aktuellen Problematik mit Kita-Neubau zum Thema Kampfmittel getroffen wurden. Zudem stelle sich die Frage, wie die Zufahrt und der Hol- und Bringverkehr ablaufen sollten. Zudem wäre es löblich, wenn die betroffenen Eltern schriftlich von der Verwaltung über den Sachstand informiert würden und nicht den neuesten Stand lediglich Presse-Berichterstattung entnehmen würden.

Herr Metz sagte, dass im Hinblick auf den Schützenweg künftig die Zuständigkeiten geklärt werden sollten und die verschiedenen Organe der Stadtverwaltung an einem Strang ziehen sollten für die notwendige Schaffung von neuen Kita-Plätzen.

Frau Jung bemerkte, dass es nun Zeit sei, den Beschluss für die Einführung eines Bauinvestitionscontrollings umzusetzen, um derartige Probleme, auch in den Abläufen,

zu minimieren bzw. die Abläufe künftig effizienter zu gestalten.

Herr Gleß sagte, dass die interdisziplinäre Arbeitsgruppe weiter die Probleme bzw. verschiedene Probleme parallel bearbeiten werde. In den Gebäuden im Schützenweg werde es Umbaumaßnahmen geben. Die Kita dort werde sechsgruppig sein. Der Außenbereich ist derzeit so ausreichend groß. Eine genaue Zeitplanung zu verschiedenen Projekten könne derzeit nicht gegeben werden.